



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

25.03.03

Beratungsangebot für behinderte BürgerInnen

Presseerklärung

Der Aktionskreis „Der behinderte Mensch in Dortmund“ hat im Rahmen einer Stellungnahme zur Absicht der Stadt, die Erklärung von Barcelona zu unterzeichnen, unter anderem die Sicherstellung der Beratung behinderter Bürger und BürgerInnen gefordert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen die Einschätzung des Aktionskreises, dass nach der Schließung der Beratungsstelle für Behinderte und Chronisch Kranke des Dortmunder Gesundheitsamtes das Beratungsangebot defizitär ist. Die Servicestellen für Rehabilitation können und wollen das umfassende Angebot nicht ersetzen.

Dazu stellt Birgit Unger als Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit fest: „Das vorhandene Beratungsangebot deckt unseres Erachtens die Nachfrage nach psychosozialer Beratung für Behinderte, chronisch Kranke und deren Angehörige nicht ab. Auch die zweite Beratungsstelle des Diakonischen Werkes wird seine Tätigkeit einstellen. Von daher begrüßen wir den Vorstoß des Vereins MOBILE-Selbstbestimmtes Leben Behinderter, sich um die Etablierung eines neuen Beratungsangebotes zu bemühen. Das Prinzip des Peer Counseling, das auf dem Prinzip „Betroffene beraten Betroffene“ basiert und die Verwirklichung einer weitestgehenden selbstbestimmten Lebensweise unterstützt, ist ein wichtiger und erfolgreicher Beratungsansatz, der auch vom Diakonischen Werk angeboten wurde. Hier geht es nicht nur um Beratung in Fragen der Finanzierung von Maßnahmen durch Rehabilitationsträger oder um die Lösung spezifischer Probleme, sondern auch um die persönliche Entwicklung hin zu einem selbstbewussten Eintreten für die eigenen Belange. Wir wollen, dass dieses Angebot in Dortmund (wieder) eingeführt und finanziert wird.“

Die Verwaltung hat für die Sondersitzung des Sozialausschusses am 01.04.03 eine Vorlage vorgelegt, in der die aktuelle Beratungssituation für Menschen mit Behinderungen dargestellt wird. Unter anderem wird in der Verwaltungsvorlage deutlich, dass die Servicestellen nach Sozialgesetzbuch IX für die Beantwortung von „Nicht-Reha-Fragen“ nicht zuständig sind.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Von daher ist deutlich, dass mit dem Wegfall der Beratung im Gesundheitsamt kein adäquates Ersatzangebot geschaffen wurde. Die Verwaltung beabsichtigt aber offensichtlich nicht, die Kompensation des weggefallenen Angebote zu unterstützen. „Die Haushaltslage lässt im laufenden Haushaltssicherungszeitraum bis 2007 eine Ausweitung des Angebotes im Zuschussbereich über zusätzliche kommunale Mittel nicht zu.“

Dazu Birgit Unger: „Der Beitritt der Stadt zur Erklärung von Barcelona darf sich nicht in schönen Worten erschöpfen. Die Diskussion um die kommunale Behindertenpolitik in den vergangenen Monaten hat deutlich gemacht, dass es weiteren Handlungsbedarf in Dortmund gibt. Der von dem Verein MOBILE vorgeschlagene Ansatz für die Beratung Behinderter durch Behinderte ist aus unserer Sicht innovativ und notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, dass die Verwaltung die Beantragung eines entsprechenden Modellvorhabens unterstützt und positiv begleitet. Konkret bedeutet das, die Fördermöglichkeiten zu sichten und zu bewerten und die Projektbeantragung seitens der Sozialverwaltung zu unterstützen. Anteilige kommunale Zuschüsse sollten nicht ausgeschlossen werden. Wir werden darauf drängen, dass die Stadt Dortmund ihre Selbstverpflichtung tatsächlich wahrnimmt und über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus Aktivitäten entfaltet, um den Prozess der Gleichstellung behinderter Menschen zu fördern.“